

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

1899-1924

25 Jahre christlicher Bauarbeiterverband



Am 1. September 1899 trat der „Verband christlicher Maurer und verwandter Berufe“ ins Leben. Er war der erste Vorläufer unseres Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands. Seine Gründung ist von der Sektion der Bauarbeiter des Berliner Vereins „Arbeiterschutz“ am 20. Juli 1899 beschlossen worden. Auch die erste Verbandsatzung wurde von dieser Versammlung beschlossen. Die Sektion der Bauarbeiter im Verein „Arbeiterschutz“ existierte bereits seit Februar 1898; sie löste das Zweigverhältnis zu ihrem Stammverein am 1. September 1899. Außerhalb Berlins ist die erste Filiale bereits im Juli 1899 in Neuzelle (Mark Brandenburg) gegründet worden. Der September ist aber der Monat, der die vollständige Selbstständigwerdung des neuen Verbandes brachte. Wir können also in diesem Monat das 25jährige Bestehen unseres Verbandes feiern.

Es war geplant, im Herbst d. J. einen Verbandstag abzuhalten und damit eine allgemeine Jubiläumsfeier zu verbinden. Die vielen und harten Kämpfe dieses Jahres lassen aber eine rechte Feststimmung nicht aufkommen und erschweren die Bereitstellung der Verbandsmittel für eine kostspielige große Verbandstagung. Der nächste Verbandstag soll deshalb im Frühjahr 1925 stattfinden. Da also eine größere Feier vorerst unterbleibt, sei im Nachfolgenden ein kurzer Rückblick auf die Arbeit des Verbandes in den verfloßenen 25 Jahren geworfen.

Die drückende Lage der Bauarbeiter um die Jahrhundertwende. — Gründung christlicher Gewerkschaften als Werk der Arbeiter

Die Hauptursache, die zur Bildung von gewerkschaftlichen Vereinigungen christlicher Arbeiter führte, war die Anarchie im Arbeitsverhältnis, der Druck der Unternehmer auf die Arbeiterschaft. Gerade im Baugewerbe herrschten vor 25 Jahren bis auf wenige Ortsausnahmen noch trostlose Zustände in bezug auf Arbeitslohn, Arbeitszeit, Arbeiterschutz und Arbeiterbewertung. Es gab Stundenlöhne, Tagelöhne, vereinzelt auch noch Wochenlöhne. Häufig stimmte die Zahl der Lohnklassen mit der Zahl der beschäftigten Arbeiter überein. Der Lohn wurde eben vom Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter willkürlich festgesetzt. Nicht selten war für die Lohnhöhe weniger die Arbeitsleistung, als vielmehr andere Gründe maßgebend. Poliere trafen mit Gastwirten in der Nähe der Baustelle Abkommen, wonach die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter vom Gastwirt über den Polier Vorschuss bekamen. Dieser wurde aber nicht in barem Gelde, sondern in Blechmarken gegeben, die selbstverständlich nur bei dem betreffenden Gastwirt gegen Ess- und Trinkwaren umgetauscht werden konnten. Der Polier bekam vom Gastwirt vom wöchentlichen Umsatz Prozente, und da waren nicht selten diejenigen die besten Arbeiter, welche recht viel Vorschuss nahmen. Diese ihre „Tüchtigkeit“ wurde bei der Lohnfestsetzung und Beschäftigungsdauer belohnt. Die Arbeitgeber sahen diese Vorschusswirtschaft nicht ungern, weil sie selbst dadurch vom Vorschusszahlen verschont blieben, zumal die Lohnzahlungsfristen meist länger als heute waren. Daß die Löhne sich meist unter dem Existenzminimum bewegten und bei schlechter Konjunktur und im Winter eine Kürzung erfuhren, kann nach dem Vorgesagten nicht weiter verwundern.

Den Achtstundentag kannte man vor 25 Jahren nicht. Im Baugewerbe war die elf- und sogar zwölf- und mehr-

ständige Tageschicht vorherrschend. Nur in einigen Großstädten hatte man den Zehnstundentag. Die Arbeitszeit war aber auch vielfach in ein und demselben Ort nicht einheitlich, sondern wurde ganz nach Belieben der einzelnen Arbeitgeber festgesetzt. Es herrschte auf diesem Gebiete vollständige Anarchie.

Daß der Bauarbeiterschutz noch in seinen Anfängen steckte, soll hier nur angedeutet werden. Der Arbeiter wurde von sehr vielen Arbeitgebern nicht als fühlender Mensch gewertet, sondern als Arbeitsmaschine, die dazu da war, möglichst viel Gewinn für den Unternehmer abzuwerfen. Wohl hatte die Gesetzgebung schon eine Reihe Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter in den Betrieben geschaffen, die aber vielfach auf dem Papier stehen blieben, weil die wirtschaftliche Uebermacht des Unternehmers die einzelnen Arbeiter veranlaßte, ein oder gleich beide Augen zuzudrücken.

Wir älteren, damals noch jungen christlichen Bauarbeiter fühlten das Unwürdige und nach unserer Meinung Unhaltbare der hier kurz angedeuteten Verhältnisse. Wir kamen zu der Ueberzeugung, es muß das

Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen werden. Die Erreichung dieses Zieles erschien uns nur durch den beruflichen Zusammenschluß möglich. Er erfolgte in einigen Städten, wie auch in Berlin, zunächst auf allgemeiner Grundlage, in Sammelvereinen „Arbeiterschutz“. In diesen Vereinen wurden bald berufliche Sektionen gebildet.

Warum wurden neue Organisationen gegründet und nicht der Beitritt zu den bestehenden „freien“ Gewerkschaften empfohlen?

Weil es einem überzeugten christlichen Arbeiter unmöglich gemacht wurde, den sogenannten freien Gewerkschaften anzugehören. Schreiber dieses war bis zum Jahre 1900 nie in einer Versammlung der „freien“ Gewerkschaften, wußte aber doch, daß diese religionsfeindliche und parteipolitische Gebilde waren. In Berlin wie auch in vielen anderen Orten gab es im sozialdemokratischen Lager zwei Gewerkschaftsrichtungen: Die Zentralisten und die Lokalfisten. Sie befehdeten sich gegenseitig in den Versammlungen und in der Presse. Hatte eine Richtung Versammlung gehabt, so ging der Streit, der dort angefaßt war, am nächsten Tage auf den Baustellen weiter. Aus den fast täglichen Auseinandersetzungen auf den Arbeitsplätzen mußte der unvoreingenommene Beobachter zu der Ueberzeugung kommen, daß die sogenannten freien Gewerkschaften viel mehr Vereinigungen zur Bekämpfung des Christentums und zur Förderung der sozialdemokratischen Partei, als wirtschaftliche Interessensvertretungen der Arbeiter waren. Eine Richtung wollte immer religionsfeindlicher und sozialdemokratisch-rechtgläubiger sein, als die andere. Diese auf mehrjähriger Erfahrung beruhende Wahrnehmung veranlaßte den Schreiber dieses, den „freien“ Gewerkschaften fernzubleiben und an der Gründung christlicher Berufsverbände mitzuarbeiten. Gleich wie in Berlin lagen die Verhältnisse in vielen anderen Gebieten des Reichs. So entstanden in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts an verschiedenen Stellen Deutschlands christliche Gewerkschaften, ohne daß die führenden Personen sich jemals verständigt hatten. (Auch in Köln war im Sommer 1899 ein Verband christlicher Bauarbeiter unter Führung von Johann Becker, Köln, Hermann Koeben, M. Gladbach, Josef Schüller, Mülheim (Ruhr) und August Köhnen, Düsseldorf gegründet worden, wovon man in Berlin bei der Gründung des Verbandes

christlicher Maurer u. verw. Berufe nichts wußte.) Die erste Verständigung eines Teils der führenden Personen erfolgte Pfingsten 1899 auf einem Kongress in Mainz, auf dem der Berliner Verein „Arbeiterschutz“ durch seinen Vorsitzenden, den Tischler Paul Weigel, vertreten war. Letzterer hat auch an der Gründung unseres Verbandes an erster Stelle mitgewirkt. Die christlichen Gewerkschaften und auch unser Verband sind also aus den Zeitverhältnissen und durch die Initiative der Arbeiter selbst entstanden. Die soziale Schulung der Führer war in den konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen erfolgt.

Kampf nach zwei Fronten. — Wir haben uns durchgesetzt!

Wie alle christlichen Gewerkschaften hatte auch unser Verband gleich nach der Gründung ein gut Teil seiner Stofkraft zur Abwehr sozialdemokratischer Angriffe zu verwenden. Man wollte keine christliche Organisation dulden und kämpfte mit allen Mitteln gegen uns. Da das Mittel der Verleumdung nicht sehr zog, wurde Gewalt angewendet. Ungezählt sind die Fälle, in denen versucht wurde, zum Teil durch Arbeitsniederlegung, die Entlassung unserer Mitglieder zu erzwingen. Besonders zahlreich waren diese Fälle am Stammsitz des Verbandes, in Berlin. Schließlich sind wir dieser Dinge durch Selbsthilfe Herr geworden. Wo die „Stein“ durch Arbeitsniederlegung die Brotloosmachung unserer Mitglieder erzwingen wollten, besetzten wir die Arbeitsstellen mit unseren Kollegen, was zur Folge hatte, daß die „Freiheitshelden“ mitunter wochenlang auf der Strecke blieben. Allmählich sahen die Führer ein, daß der Kampf der Arbeiter gegeneinander nur dritten Vorteile brachte, und rieten zu größerer Duldsamkeit. Wenn auch heute ein verträglicheres Verhalten der gegnerischen Richtung konstatiert werden kann, so bleibt doch zu bedauern, daß in dem ersten Jahrzehnt viele unserer Kräfte und Mittel in diesem Abwehrkampf verbraucht werden mußten.

Daß auch das Unternehmertum das Inleben treten unseres Verbandes nicht gerne sah, geht aus seinem Verhalten uns gegenüber hervor. Da die Haupttätigkeit des Verbandes auf die Erreichung des Mitbestimmungsrechtes der Bauarbeiter im Arbeitsvertrage gerichtet war, schritten die Unternehmer an vielen Orten zur Maßregelung der führenden oder gar zur Aussperrung aller Mitglieder. Gleich das Jahr 1900 war ein Kampfsjahr. Den Reigen eröffneten die Unternehmer in Schwerin an der Warthe. Weil unsere Kollegen Forderungen auf Abschluß eines Tarifvertrages gestellt hatten, wurden zunächst einige führende Kollegen und dann alle Mitglieder ausgesperrt. In Berlin warf man die Dachdecker auf die Straße, weil sie Lohnforderungen gestellt hatten. Weitere Kämpfe waren Mainz, Fulda, Hannover usw. Kurzum, das Unternehmertum wollte unter allen Umständen die Alleinherrschaft über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen behalten.

Was es zu bedeuten hatte, heute eine Organisation aus dem Nichts zu schaffen und morgen den Kampf nach zwei Fronten aufzunehmen, davon machen sich heute die wenigsten Kollegen eine Vorstellung. Denn was brachten die Führer mit? Viel guten Willen, Ueberzeugungstreue und vor allem einen unverbrüchlichen Glauben an die Güte und Zukunft ihrer Sache. Das war aber auch alles. Alles übrige mußte erst im Laufe der Jahre erworben werden. Wir haben uns trotzdem durchgesetzt! Heute dürfte es unter den anständigen Gegnern kaum noch einen geben, der die Ehrlichkeit unseres Wollens und die Ernsthaftigkeit unseres Strebens in Zweifel zu ziehen wagt. Auch die

Erfolge unserer Arbeit

Können vor dem kritisch nachprüfenden Urteil der Bauarbeiter bestehen. Früher als die Arbeiterschaft fast aller übrigen Gewerbe und Industrien hat sich die Bauarbeiterschaft des Mitbestimmungsrechtes im Arbeitsvertrage erfreut. Der beispiellose Siegeszug des Tarifvertragsgedankens im Baugewerbe ist der summenfällige Ausdruck für diesen hochbedeutenden Umschwung der Dinge. Von den vereinzelt Firmen- und Ortstarifen um die Jahrhundertwende schritt die Entwicklung unter ununterbrochenen Kämpfen rasch zum ersten größeren Bezirkstarifvertrag (Rheinland-Westfalen, 1905) fort, und schon im Jahre 1908 kam der erste Reichstarifvertrag für das gesamte deutsche Baugewerbe zustande. Das Jahr 1910 brachte mit seiner großen Aussperrung, die der Gesamtheit der deutschen Bauarbeiter zugedacht war, noch einmal einen Rückschlag. Er veranlaßte die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten. Im Gegenteil! Mit erweiterten Rechten und gestiftet in ihren Organisationen gingen die Bauarbeiter aus dem Kampfe hervor. In dieser ganzen Entwicklung hat unser Verband hervorragenden Anteil gehabt. Möglich waren diese Erfolge nur, weil

Führer und Mitglieder, umschlungen von einem Bande gegenseitigen Vertrauens, eine festgefügte Einheit bildeten und selbstlose Hingabe an die Sache und Opferbereitschaft als unerläßliche Tugenden eines jeden Gewerkschaftlers galten. Möge das heutige Geschlecht bei seinen Kämpfen um Selbstbehauptung und neuen Aufstieg daraus die rechte Lehre ziehen!

Um zwei weitere wichtige Forderungen hat der junge christliche Bauarbeiterverband den Kampf geführt: um die Beseitigung der Frauenarbeit im Baugewerbe und um die Schaffung eines ausreichenden gesetzlichen Bauarbeiter-schutzes, dessen Durchführung Baulenkontrollen aus dem Arbeiterstande überwachen sollten. Die Frauenarbeit ist auf deutschen Bauten längst beseitigt. Der Bauarbeiterschutz ist zwar auch heute noch in manchem verbesserungs- und ausbaubedürftig, gegenüber der Gründungszeit des Verbandes muß aber doch ein gewaltiger Fortschritt festgestellt werden. Die am längsten und beständigsten umstrittene Forderung nach Anstellung von Baulenkontrollen aus dem Arbeiterstande ist ebenfalls grundsätzlich anerkannt und praktisch bereits in ziemlichem Umfange verwirklicht. Eine Anzahl unserer Verbandskollegen übt seit Jahren ihre segensreiche Tätigkeit als städtische Baulenkontrollen aus. Nachzuhelfen, daß diese Einrichtung bald allgemein wird, ist Aufgabe unserer Kollegen in den einzelnen Landesteilen und Kommunen.

Die Lage der Gesamtarbeiterschaft ist gebessert worden!

Aber wir haben den Kampf nicht allein und nur für unseren Beruf geführt. Mit den Brüdern in den anderen christlichen Berufsverbänden und der gesamten Arbeiterbewegung haben wir gerungen um die

Erweiterung der allgemeinen Arbeiterrechte, um die Hebung des gesamten Standes. Es darf auch hier der in den letzten 25 Jahren erzielte Fortschritt festgestellt werden. Das Koalitionsrecht, einst von den Unternehmern heftig bekämpft und vom Staate in ein Netz von Fußangeln gelegt, ist heute frei und unangestastet. In dem Grundgesetz der Republik, der Verfassung, selbst ist es niedergelegt. Der berüchtigte § 153 der Gewerbeordnung, der einst die Gewerkschaftsarbeit so hemmte und nicht wenige Gewerkschaftler ins Gefängnis brachte, hat schon im Kriege fallen müssen. Das Vereins- und Versammlungsrecht, einst geradezu auf Erdrosselung der Gewerkschaften angelegt, ist den Bedürfnissen des modernen Gewerkschaftslebens angepaßt. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen und in den Kommunen, dieses schreiende Unrecht an den Armen und Besitzlosen, ist beseitigt. An dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsvertrage kann selbst die derzeitige soziale Reaktion nicht ernstlich rütteln — es sei dem, die Arbeiterschaft gibt es, durch Organisationsflucht, selber preis. Darüber hinaus hat sie ein wesentlich erweitertes Mitbestimmungsrecht erhalten, durch das Betriebsrätegesetz. Es sichert ihr Einfluß auf die Betriebe und damit auf die Produktion selbst. Einfluß auf die Gesamtwirtschaft soll der Arbeiterschaft werden durch die in der Reichsverfassung verankerten, aber leider immer noch nicht verwirklichten Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat, in dem heute schon die Vertreter der Arbeiterschaft gleichberechtigt mitwirken, der aber auch noch seiner endgültigen Ausgestaltung harret. Dahinter steht noch eine ungelöste Aufgabe von gewaltigem Ausmaß: Neben dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft muß ihr auch ein Mitsitzrecht auf die Wirtschaft eingeräumt werden. Aufgaben von wahrhaft gigantischer Größe sind hier den Gewerkschaften gestellt.

Dieser im Grunde optimistische Ausblick kann auch nicht durch die in neuerer Zeit zu beobachtende

Wiedererstarbung der sozialen Reaktion

getrübt werden. Darüber kann nur derjenige enttäuscht sein, der die Geschichte der sozialen Bewegungen nicht kennt. In dem Freiheitskampfe minderwerteter und minderberechtigter Klassen und Schichten gibt es nie ein gradliniges Auf, sondern stets volla zieht sich der Aufstieg unter Hemmungen, und selbst Rückschläge bleiben gelegentlich nicht aus. Entscheidend ist, ob die Linie des sozialen Aufstiegs der Arbeiterschaft im ganzen und auf die Dauer gesehen nach oben weist. Daran kann aber kein geschulter Gewerkschaftler zweifeln. Nein, die Gewerkschaftsbewegung steht bestimmt nicht an einem Ende, sondern an einem Anfang.

Deshalb ist es auch eine schlechte Begleitmusik zu unserem Jubiläumsgedenken, wenn hier und da auch in unseren Reihen Gewerkschaftsmüdigkeit und Gewerkschaftsverdrossenheit ihr Haupt erheben und den Unterton vom Versagen der Gewerkschaften durch das Land ertönen lassen. Am Anfange unseres Verbandes und

der gesamten Arbeiterbewegung stand nicht Kleinmut und Verzagt-heit, sondern Glaube. Glaube an die eigene schöpferische Kraft, Glaube an die in der christlichen Arbeiterbewegung wirksamen sittlichen Kräfte. Beides, Selbstvertrauen und Vertrauen in die Sieghaftigkeit der Idee der Bewegung, darf uns auch heute nicht fehlen. Nur so wird die Arbeiterschaft einen neuen Aufstieg erleben, dem sie dann aber auch mit größter Zuversicht entgegensehen darf.

Auf unserem Verbandsplakat, das uns fast auf unserem ganzen Wege durch die ersten 25 Jahre begleitet hat, steht ein schlichtes, aber wahres Wort. Es möge uns auch auf dem Wege durch das zweite Viertelhundert Leitstern sein:

„Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen;
Vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen!“

Das große Ziel

Von Adam Stegerwald



Das Jahr 1924 ist für die christlichen Gewerkschaften ein denkwürdiges, ist es doch ein Viertelhundert her, seitdem sie durch ihren ersten Kongress in Mainz sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden haben. Was diese 25 Jahre an Arbeit und Kampf, an nie ermüdender Tätigkeit und nie erlahmendem Aufbauwillen in sich tragen, weiß nur, wer sie an führender Stelle miterlebt hat. Und so ist gerade das Jubiläumjahr der Gesamtbewegung, das zugleich das Jubiläumsjahr des christlichen Bauarbeiterverbandes ist, geeignet zu einer stillen Rückbesinnung für alle christlichen Gewerkschaftler auf das, was hinter ihnen liegt, auf die Tage und Jahre zähen Kampfes, ernstesten Ringens, harter Ausdauer um die Grundsätze der christlich-sozialen Gedanken. Darüber hinaus aber soll der Blick von der Vergangenheit in die Zukunft gehen mit neuer Kraft und neuem Willen.

Aber die Zukunft erringt nur, wer in der Gegenwart seinen Mann steht. Und gerade unsere Zeit kann nur Menschen gebrauchen, die sich klar sind über das, was sie wollen, und die mit allen Kräften danach streben, ihren Willen in die Tat umzusetzen.

Was wollen wir? Wie stehen wir als christlich-nationale Gewerkschaften zu den großen Fragen von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft?

Im Gegensatz zu dem Marxismus, der die Gesellschaft in zwei große Klassen teilt, in die Kapital besitzende Bourgeoisie und das arme Proletariat, bekennen wir uns zum Gemeinschaftsgedanken, und zwar sind es drei große Gemeinschaften, die das ganze Leben, das private sowohl wie das öffentliche, durchziehen: die Blutsgemeinschaft der Familie, die Rechtsgemeinschaft des Staates und die Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaft.

Alles Leben geht von der Familie aus, und alle Kultur hat in ihr das Fundament.

Die Familie ist die Keimzelle des Staates

und die Energiequelle der Wirtschaft. Darum bedarf sie besonderer Pflege und Würde. Wo sie zugrunde geht, ist der Staat in seinen Daseinsbedingungen erschüttert und ein Volk zum Verfall und Untergang reif. Das zeigt die Geschichte immer wieder. Darum ist es immer selbstverständlichste Pflicht und Auffassung unserer Bewegung gewesen, die Familie zu schützen, ihre Würde und Stellung hochzuhalten und zu verteidigen allen niederreisenden Einflüssen der Gesellschaft gegenüber. Und auch in Zukunft soll es so sein!

Die zweite große Gemeinschaft ist die

nationale Rechtsgemeinschaft des Staates.

Familien bilden ein Volk. In einem Volk aber herrschen die mannigfachen Unterschiede und Ungleichheiten: der eine ist arm, der andere reich; der eine begabt, der andere minder fähig; der eine stark, der andere schwächer, und so ruft die Verschiedenartigkeit der Anlage, der Fähigkeiten, der Verhältnisse und der Vermögen nach einem Ausgleich, nicht nach öder Gleichmacherei — Gleichmacherei ist Nivellierung und Tod —, nach gegenseitiger Wechselwirkung und Befruchtung. Wer eben diese Wechselwirkung muß möglich sein: der Ärmere darf sich in seinen Menschenrechten nicht zurückgesetzt fühlen gegenüber dem Reichen; der Minderbegabte muß sich auf seine Weise auch entfalten können; der materiell Arme, aber geistig Begabte muß seiner Tüchtigkeit entsprechend vorwärts kommen; der materiell Reiche, aber sittliche Krüppel darf nicht zum Schmarotzer an anderen werden; kurz: es ist eine Macht hier nötig, die für einen billigen Ausgleich sorgt. Das ist der Staat. Und dieser Staat bedarf zweierlei: der Autorität und der Macht. Auf Autorität muß er gegründet sein, damit er geistige Fundamente hat, und Macht muß er besitzen den verschiedenen wirtschaftlichen Machtbildungen,

Interessengruppen, Wirtschaftsverbänden usw. gegenüber. Denn wo nur ökonomische Interessen regieren, herrscht allzu leicht der Grundsatz: Macht schafft Recht; wer die Macht hat, kann tun und lassen, was er will. Demgegenüber heißt es: Macht allein schafft nie Recht; es gibt sittliche Begebenheiten, ewige Rechte, die die Menschenwürde ausmachen und das Dasein erst lebenswert. Sie muß der Staat hüten; er ist politische Persönlichkeit des Ganzen; er muß für die Gesamtheit denken und fühlen, weil deren Leben sein eigenes ist. Er muß durch seine Rechtssetzung das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte herstellen, und wo es von der einen oder anderen Seite bedroht wird, muß er mit seinen Machtmitteln mit allem Nachdruck eingreifen. Darum muß der Staat stark sein.

Endlich die

Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaft!

Der Marxismus sagt: In der Wirtschaft gibt es keine Gemeinschaft und kann es keine geben; Kapital und Arbeit stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber, und das Kapital beutet die Arbeiter immer mehr aus und läßt ihre Klasse immer tiefer verelenden. Daß diesen Irrlehre entgegen Kapital und Arbeit zusammengehören, zeigt eine einfache Ueberlegung: nur beide zusammen bedingen den Enderfolg im Wirtschaftsprozess, den Güterertrag. Die einen leisten anordnende, die anderen ausführende Arbeit. Nur eins muß hier deutlich gesagt werden — und das gilt für die Unternehmer: Das Kapital ist verhältnismäßig in den Händen weniger; der Arbeiter sind aber Millionen. Diese Arbeiter haben nichts anderes als ihre Arbeitskraft, die sie Tag für Tag in den Produktionsprozess hineinstecken müssen. Daher muß der Arbeiter genügend Zeit haben, um seine Kräfte immer wieder zu erneuern; mehr noch: er ist ein lebendiger Mensch, d. h., er will nicht allein Magenpflege treiben können — das hebt ihn über das Tier wenig hinaus —, sondern Familienkultur; er will sehen, daß er nicht umsonst arbeitet, und will eine gesicherte Grundlage für sich und seine Familie haben. Vor allem aber will er als Mensch betrachtet und gewertet werden und nicht als tote Ware. Und hier muß leider gesagt werden: Wer die Entwicklung der letzten Zeit in Deutschland aufmerksam verfolgt hat, der kann nicht ohne Sorge an einer Erscheinung vorübergehen, die sich überall bedenklich in den Vordergrund drängt: Das Verständnis für die Gemeinschaft der Wirtschaft ist überall stark im Schwanden; man scheint mancherorts nicht mehr zu wissen, daß zum Gelingen des Ganzen Unternehmer und Arbeiter aufeinander angewiesen sind.

Deutschland ist in nächster Zeit ein schwacher Staat; seine Wirtschaft muß sich umstellen auf gewaltige Leistungen an Fremde. In solcher Lage kann die deutsche Wirtschaft größere, sich ständig wiederholende Störungen durch Streiks und Ausperrungen nicht ertragen. Die Arbeiter müssen Einsicht gewinnen in die total veränderte Lage der deutschen Wirtschaft im Vergleich zur Vorkriegszeit; die Unternehmer müssen sich psychologisch in die Lage der Arbeiter hineindenken, in ihnen den Menschen achten und dem Kapitel „Menschenbehandlung“ überhaupt die größte Sorgfalt zuwenden. Im nächsten Jahrzehnt kommt es in Deutschland nicht nur darauf an, was man macht, sondern ebenso sehr: wie man's macht. Nur eine Arbeitsgemeinschaft, in der beide Teile Gebende und Nehmende sind, kann wieder die Basis schaffen für eine gefestigte und zielsicher vorwärts strebende Wirtschaft.

Diese drei großen Gemeinschaften müssen uns in der Gegenwart und in der Zukunft vor Augen stehen. Wir wollen uns zu ihnen bekennen, und wir wollen um ihre Geltung kämpfen. Wir wollen die körperlich, geistig und sittlich gesunde Familie; wir wollen den starken Staat, der auf Autorität gegründet ist und sozial handelt, und endlich eine blühende Wirtschaft, in der die Arbeitnehmer vom Ertrage so viel erhalten, als nötig ist, um echte Familiemenschen und wahre Staatsbürger zu sein. Das sind unsere Ideale in der Gegenwart; zu ihnen bekennen wir uns; um sie kämpfen wir; nur dann erobern wir uns die Zukunft.

Wegebereiterin „Baugewerkschaft“

Von Josef Becker, Berlin



Im deutschen Gewerkschaftsleben hat die Presse eine ganz andere Bewertung gefunden, als in allen übrigen Ländern. Das ist ein Charakterzeichen, das dem Deutschen eigen ist. Sobald eine Frage in Angriff genommen, eine Idee zur Durchführung gebracht werden soll, werden alle Möglichkeiten erschöpft, die dem gewollten Zweck dienen. Wieviel die deutsche Gewerkschaftspresse den Arbeitern gedient, ihre Interessen in der Öffentlichkeit mit Erfolg vertreten und popularisiert, was sie an gewerkschaftlicher Durchdringung und Vertiefung geleistet hat, was sie an der geistigen Weiterbildung getan, läßt sich im einzelnen nicht erfassen, ist aber jedenfalls einer ihrer bedeutendsten Aktiosten.

Ich erinnere mich noch wie heute, als die erste Nummer der „Baugewerkschaft“ im Jahre 1900 erschien. Ich bewahre dieselbe als heiliges Andenken. Wie haben wir die „Baugewerkschaft“ damals begrüßt!

Wer wie wir aus eigenem inneren Drang zur Gewerkschaft kam, unaufgefordert von einem Dritten, gerade für den war das erste Gewerkschaftsblatt ein glückhaftes Ereignis. Wie ein Evangelienbuch wurde es aufgeschlagen und sein Inhalt hungrig verzehrt. Eine andere Welt sprach aus ihm zu uns, die uns einporführt wollte aus Dumpfheit und Stumpfheit, die uns zu belehren und bilden versprach und unsere Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben verkündete.

Die „Baugewerkschaft“ war die Ablösung des Blattes „Arbeiterbeschützer“, das als gemeinsames Organ für die Mitglieder des Vereins „Arbeiterbeschützer“, des Vorläufers der christlichen Berufsverbände, fungierte. Das einstmalige bequeme Kleid des Arbeiterbeschützers war zu eng geworden und der Aufschwung des „Verbandes christlicher Maurer und verwandter Berufe“, wie er damals hieß, war ein ganz bedeutender.

Das neue Blatt legte die Ziele dar, denen es dienen wollte. Wenn ich den langen Weg überblicke, der zurückgelegt ist, dann muß ich sagen, sehr vieles ist erfüllt, was damals als unser Sehnen in der ersten Nummer der „Baugewerkschaft“ verkündet wurde. Neben den Fragen des Bauarbeiterbeschützes, der Verkürzung der Arbeitszeit, einer angemessenen Entlohnung, einer wirklichen Koalitionsfreiheit, der gewerkschaftlichen Erziehung, der Pflege der solidarischen Pflicht, war der Charakter des christlichen Bauarbeiterverbandes als interkonfessionell und unpolitisch scharf hervorgehoben. Tragisch war's, daß am eigentlichen Beginn des Werdens der deutschen Gewerkschaftsbewegung ihr ideeller Charakter so scharf hervorgehoben und umrissen werden mußte. Aber gerade diese Einstellung hat zur Aufrüttelung der Arbeiterklasse unendlich beigetragen. Sie erfüllte die gewerkschaftliche Idee mit einem großen gläubigen und sittlichen Inhalt.

Die neuerschienenen „Baugewerkschaft“ versprach uns ein großes geistiges Gut. Nun hatten wir Gelegenheit, in die Welt hinauszurufen, was uns drängte und quälte. Wir konnten uns aber auch nicht nur an die bereits gewonnenen Mitglieder, sondern auch an die uns noch Fernstehenden wenden und ihnen sagen, was wir wollten und was ihre Pflicht sei.

Konnten wir das? Wir, die wir nur die Volksschule besucht, von gewerkschaftlichen Dingen unberührt geblieben, in der überwiegenden Mehrheit noch unter einer zwölfstündigen Arbeitszeit standen — waren wir überhaupt in der Lage, uns in unserem neuen Verbandsorgan so vernünftig zu lassen, wie das sprachliche, orthographische, sachliche und sinnliche Voraussetzungen bedingten? Nun, danach haben wir selbst nicht gefragt. Der große Wille, der in uns lebte, das Feuer, das in uns brannte, brachte das zuwege, was in den zahlreichen Jahrgängen unseres Verbandsorgans niedergelegt ist. Ohne uns lange zu besinnen und ohne lange zu fragen, ging es an die Sache heran. Hier wurden Tage und Nächte geopfert, eigentliche Sonntage kannten wir ja nicht. Mit merkwürdigem Empfinden denke ich an mich selbst zurück, als ich nach einundhalbjähriger gewerkschaftlicher Mitgliedschaft im Auftrage des Hauptvorstandes erstmalig eine Agitationstour nach Frankfurt a. Main, Mainz, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Darmstadt unternahm. Nicht etwa über mein Können verwunderte ich mich, sondern über die Dreistigkeit bei mangelndem Wissen. Es war eben die Mission, die wir in uns fühlten, die heilige Ueberzeugung, der Mut zum Opferbringen, der uns vor keinem Unterfangen und vor keinem Ungenach zurückschrecken ließ.

Und wir rannten uns selbst an der Sache empor, arbeiteten mit eisernem Willen an uns, weil wir die große Verantwortung

den uns Anvertrauten gegenüber fühlten. Und je mehr wir lernten und Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatten, um so mehr wuchs die Erkenntnis, wie wenig wir eigentlich wußten, wodurch unsere Verantwortung aufs neue gesteigert wurde.

Kollege Wiedberg hat jahrelang neben seiner mühseligen verantwortungsvollen Aufgabe als Verbandsvorsitzender die Redaktionsarbeit mit leisten müssen. Einen besonderen Redakteur konnte sich der Verband der Kosten wegen ja noch nicht leisten. Es galt abzuwarten, bis die Entwicklung des Verbandes die Anstellung eines eigenen Verbandsredakteurs gestattete. Nach anfänglich überraschendem Aufschwung des Verbandes in den Jahren 1900—1902 trat im folgenden Jahre, durch eine ungünstige Konjunktur beeinflusst, eine gewisse Erschlaffung ein. Durch organisatorische Maßnahmen des Verbandstages im Jahre 1902 in Essen wurde sie behoben. Das Verbandsgebiet wurde erstmalig in Bezirke mit hauptamtlich tätigen Bezirksleitern eingeteilt, woraus der heutige Zustand hervorgegangen ist. Eine sich fast überschlappende Entwicklung setzte in den folgenden Jahren ein, der der vorhandene Organisationsapparat innerlich fast nicht gewachsen war. Aus den damals neu angestellten Bezirksleitern ging auch der erste Verbandsredakteur hervor.

Kollege Göbhardt, ein Kind des Reichsfeldes, betätigte sich nicht nur eifrig in der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen, sondern lenkte auch frühzeitig durch seine journalistische Befähigung das Augenmerk auf sich. Vom Verbandsvorstand als erster Bezirksleiter nach Köln verpflanzt, wurde er, bald 23jährig, als erster Redakteur an die „Baugewerkschaft“ berufen. Er hat seine Aufgabe musterhaft und mit Scharfheit erfüllt. Klar in der Auffassung, scharf im Urteil, kurz in der Darstellung, schneidig und schneidend im Kampf, hat er in den ersten Entwicklungsjahren dem Verband durch die „Baugewerkschaft“ unschätzbare Dienste geleistet.

Er ruht seit langen Jahren im ewigen Schlaf auf dem Berlin-Hohenschönhauser Friedhof. Ein vom Verbandsvorstand gestiftetes, mit Eisen umranktes Denkmal läßt sein Gedenken auch heute noch lebendig vor uns treten. Eine tüchtige Infektionskrankheit riß ihn 1907 nach dreijähriger Tätigkeit im Alter von 27 Jahren aus seiner irdischen Tätigkeit.

Es war im Wahlkampf 1907, im Januar, als ich auf dem Wege nach einer Wahlversammlung im Bezirke Offenbach a. Main die Todesnachricht erfuhr. Ich ahnte, was nun kommen würde. Am folgenden Tage erhielt ich bereits die Nachricht, den verwaisten Posten anzutreten.

Mit Göbhardt ging einer der befähigsten und opferwilligsten Kollegen von uns.

Rund 15 Jahre war es mir beschieden, allwöchentlich durch die „Baugewerkschaft“ zu den Mitgliedern des christlichen Bauarbeiterverbandes zu reden. Es war eine inhaltsvolle und erfolgreiche, aber auch schicksalsschwere Zeit. Ich bekenne, daß mich diese Tätigkeit mit großer Befriedigung erfüllt hat. Ob ich meiner Aufgabe gerecht geworden bin, unterliegt der Beurteilung anderer. In meinem mehrjährigen Mitarbeiter erhielt ich einen Nachfolger, der genug mit der alten Tradition verwachsen ist, um sie fortzusetzen.

Andere Zeiten, andere Anschauungen, andere Bestrebungen, andere Bedürfnisse. Es hat sich manches gewendet im geistigen und materiellen Streben der deutschen Arbeiterschaft. Das liegt in der Natur der Dinge. Eine Sache gilt nur solange als besonders wertvoll, als sie nicht erreicht ist. Von dem Augenblick ihrer Verwirklichung an treten neue Wünsche und Bestrebungen zutage. Unsere ursprünglichen Ziele, Schutz des Lebens, menschenwürdige Behandlung, Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag, sind längst ergänzt durch den Wunsch nach gleichberechtigter Anteilnahme an der Produktion selbst. Wenn es auch den Anschein hat, als ob zunächst ein gewerkschaftlicher Rückschritt eingeleitet sei, so darf man die gegenwärtige anormale Zeit nicht als Ausdruck für eine Entwicklung von Bestand annehmen. Das richtet sich nach tieferliegenden Gesetzen. Die Zukunft gehört anderen sozialen Zielen, denen wir mit gleicher Begeisterung dienen sollen, wie den alten. Das Wort des griechischen Philosophen: „Alles fließt“, ist von ewiger Wahrheit. Nur ist dabei richtig: „Ein zu schnelles Fließen kommt einer gesunden und beständigen Entwicklung nicht.“

Die Wegebereiterin „Baugewerkschaft“ wird, des sind wir sicher, wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft, ihren großen und erhabenen Zielen dienen.